

Einwohnerrat Pratteln

Protokoll Nr. 316

**Einwohnerratssitzung vom Montag, 9. Dezember 2002, 19.00 Uhr
in der Aula Fröschmatt II**

Anwesend	40 Einwohnerrats-Mitglieder 6 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	GR Rolf Wehrli, Armin Streit (ab 22.15 Uhr)
Vorsitz	Stefan Löw, Präsident
Protokoll	Bruno Helfenberger
Weibeldienst	Hansueli Schwob

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Fonds-Reglemente, 2. Lesung	2235
2.	Voranschlag 2003	2232
3.	Festsetzung der Gemeindesteuersätze für das Jahr 2003	2232
4.	Festsetzung des Feuerwehrpflichtersatzes für das Jahr 2003	2232
5.	Festsetzung der Wasserbezugsgebühr für das Jahr 2003	2232
6.	Festsetzung der Abwasserreinigungsgebühr für das Jahr 2003	2232
7.	Festsetzung der Hauskehr-, Sperrgut- und Containergebühr für das Jahr 2003	2232
8.	Motion von Heinz Schiltknecht betreffend Erlass eines Reglements über die Handhabung der „Eigenleistungen Investitionen“ sowie des „verrechneten Personalaufwandes“	2211
9.	Grundsatzbeschluss über die Aufhebung der Reglemente für die Sportwiese „Hexmatt“ vom 20.11.1995 und für die Schwimmbad- und Sportanlagen „In den Sandgruben“ vom 21.04.1997	2231
10.	Bericht der Spezialkommission „Teilrevision der Gemeindeordnung vom 23. August 1999“	2199
11.	Reglement über das Bestattungswesen und den Friedhof, 1. Lesung	2233
12.	Fragestunde (nach der Pause)	

Die Sitzung wurde musikalisch eingestimmt vom Hornbläserensemble (Benjamin Berger, Jürg Niederhauser, Simon Moser und Moritz Geiger) des Musiklehrers Herrn Martin Roos, Lehrer an den Musikschulen Liestal und Pratteln. Herzlichen Dank.

Neue persönliche Vorstösse:

- Postulat von Urs Hess betreffend „Deutschunterricht an Kindergärten und Schulen“
 - Postulat von Philipp Schoch betreffend „Ortspläne“
-

Mitteilungen

Einwohnerratspräsident Stefan Löw lädt alle Anwesenden herzlich zu einem gemeinsamen Apéro nach der Sitzung ein. Für die Tischdekoration und die „Weihnachtsguzzi“ zeichnet Elisabeth Löw verantwortlich. Das Apérogebäck wurde von Maya Wittwer mitgebracht. Herzlichen Dank.

Geschäft Nr. 2235

Fonds-Reglemente, 2. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 12. November 2002
- Ergänzungsbericht vom 28. November 2002

Kurt Lanz: Mit dem Ergänzungsbericht haben wir die an der letzten Sitzung geforderten Informationen erhalten. Ich wollte jedoch nicht, dass irgend jemand viel mehr Arbeit damit hat. Es hätte mir auch gereicht, wenn die jeweiligen Papiere kopiert worden wären.

GR Max Hippenmeyer: Wenn jemand zusätzliche Informationen braucht, dann kann ich diese anhand von Folien geben.

Dieter Stohler: Die FDP-Fraktion hat nichts ungesetzliches gefunden und es zeigt sich, dass die zusätzliche Arbeit nicht nötig gewesen wäre. Es ist blauäugig zu glauben, dass Aufträge keine zusätzliche Arbeit verursachen.

Kurt Lanz: Wir sind nicht gegen die Fondsreglemente, aber wir wollten zusätzliche Informationen darüber und es ist unser Auftrag, kritisch zu hinterfragen.

2. Lesung

Keine Wortbegehren

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr ohne Gegenstimme:

://: Die nachfolgend aufgelisteten Fonds-Reglemente der Gemeinde Pratteln werden genehmigt und der Gemeinderat ermächtigt, nach erfolgter kantonaler Genehmigung, diese in Kraft zu setzen:

- Bevölkerungsschutzfonds
- Schlossfonds
- Museumsfonds
- Heimatkundebuch-Fonds
- Jugendhausfonds
- Szabofonds
- Schnidrigfonds
- Parkplatzfonds
- Urnenhoffonds
- Sozialfonds

Geschäft Nr. 2232

Voranschlag 2003

Aktenhinweis

- Voranschlag 2003
- Rektifikat vom 19. November 2002 (rosa)
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission zum Budget 2003

RPK-Präsident Urs Hess: Sie haben den Bericht der RPK zum Budget 2003 erhalten. Ich erwarte eine faire, sachliche Diskussion und verurteile eine Politik des destruktiven Misstrauens. Die RPK hat das Budget genau überprüft. Wir danken der Verwaltung, insbesondere Herrn Philip Staub, für die gute und ausführliche Dokumentation. Bei genauer Betrachtung der Zahlen stellt man fest, dass dieses Jahr Einnahmen und Ausgaben realistisch in das Budget aufgenommen wurden und mit der Rechnung 2001 vergleichbar sind. Das von der RPK geforderte ausgeglichene Budget wurde leider nicht ganz erreicht. Wir haben uns auch mit verschiedenen Problemen auseinandergesetzt. Das neue Bildungsgesetz wird nächstes Jahr eingeführt, wobei auch der Finanzausgleich des Kantons noch nicht klar geregelt ist. Wir sind davon ausgegangen, dass die entstehenden Kosten und der neue Finanzausgleich einander aufheben werden. Die Personalkosten sind um rund CHF 600'000.— angestiegen. Einerseits aufgrund des Kantonalen Personalgesetzes und andererseits hat der Einwohnerrat neue Stellen im Jugendbereich bewilligt. Auch werden immer mehr Aufgaben von Bund und Kanton an die Gemeinden übertragen und unser Handlungsspielraum wird wahnsinnig klein. Wir stellen auch fest, dass die Soziale Wohlfahrt rund ein Sechstel unseres Aufwandes ausmacht. Pratteln erbringt in diesem Bereich eine Zentrumsfunktion und wir erwarten vom Kanton eine entsprechende Abgeltung. Zur Verbesserung des Budgets wurden zusätzlich Fondsmittel im Betrag von CHF 182'000.— in der laufenden Rechnung und CHF 187'000.— in der Investitionsrechnung aufgelöst. Diese Fonds werden aber einmal aufgebraucht sein. Wir finden es gut, dass die Verzinsung der Spezialfinanzierungen den neuen Gegebenheiten auf dem Kapitalmarkt angepasst und von 4 auf 2.5 Prozent reduziert wurde. Sicher haben sich alle Fraktionen mit dem Leasing auseinandergesetzt. Ich kann Ihnen versichern, dass auch die RPK dieses Thema grundlegend und eingehend diskutiert hat. Das Leasing bedeutet eine Abkehr von der heutigen Praxis, welche Anschaffungen unter CHF 100'000.— direkt in der laufenden Rechnung abgeschrieben hat. Wir sehen auch gewisse Vorteile. Insbesondere haben wir festgestellt, dass der Leasingzins gleich ist, wie bei einer Beschaffung des Geldes auf dem Kapitalmarkt. Das ergibt also keine Mehrausgaben. Mit dem Leasing kann der Gemeinderat auch nicht am

Einwohnerrat vorbeigehen. Man kann mit dem Leasing das Budget verbessern. Im weiteren wurde eine allfällige Lohnteuering nicht berücksichtigt. Diese wird sich wahrscheinlich in der Grössenordnung von rund CHF 300'000.— bewegen.

Die RPK stellt folgenden Antrag: Die Sanierung des Holzsilos im Werkhof im Betrag von CHF 35'000.— soll in die laufende Rechnung aufgenommen werden. Die Investitionen wurden im vorgeschlagenen Rahmen belassen, möchten aber festhalten, dass die Ausgaben für die Ausdolung und Renaturierung der Bäche in der Abwasserbeseitigung enthalten sind, obwohl diese Kosten eigentlich dem Konto Naturschutz zugeordnet werden müssten. Bei der Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung ist festzuhalten, dass die entsprechenden Personalkosten enthalten sind.

Der Spielraum der Gemeinde ist sehr klein und wir dürfen uns keine weiteren Ausgaben leisten. Alle Ausgaben müssen sehr gut überlegt werden. Wir sind mit dem vorliegenden Budget einverstanden und ich verweise auf die Anträge der RPK.

GR Max Hippenmeyer (mit Beamer): Vor der Detailberatung möchte ich Ihnen einen kurzen Überblick aus der Sicht des Gemeinderates vermitteln. Dabei möchte ich Sie nicht mit Zahlen langweilen, diese haben Sie ja alle vor sich und bereits eingehend studieren können. Zuerst möchte ich allen danken, die bei der Erarbeitung des Voranschlags beteiligt gewesen sind. Seit Mitte August hat uns das Budget beschäftigt und hinter den zwei gelben Bücher für die Öffentlichkeit verbergen sich immerhin über 1000 Detailblätter. Mein Dank gilt auch der RPK. Das Einvernehmen mit der RPK erachte ich als gut und konstruktiv und mit ihren Anträgen kann ich leben. Die Gespräche am „runden Tisch“ finde auch ich sinnvoll und deren Fortsetzung ist begrüssenswert.

Zu den Eckdaten: Dass wir im Vergleich zu den umliegenden Gemeinden ein bescheidenes Defizit vorsehen, ist mir ein schwacher Trost. Es zeigt aber, dass andere Gemeinden den Gürtel auch enger schnallen müssen. Der cash-flow beträgt rund 2,2 Millionen. Die Nettoinvestitionen betragen 8,9 Millionen und es resultiert ein Finanzierungsfehlbetrag von CHF 2'070'575.—. Man muss ganz klar festhalten, dass das Ziel des Gemeinderates nicht ganz erreicht worden ist.

Zur Ausgangslage: Die Auswirkungen des neuen Bildungsgesetzes konnten noch nicht abgeschätzt werden, die Neugestaltung des Finanzausgleichs ist nach wie vor in der „pipeline“ und auch die Übernahme Sekundarschulbauten ist ebenfalls pendent. Der Voranschlag basiert auf den bisherigen gesetzlichen Grundlagen und trotz der vielen Fragezeichen dürfte unter dem Strich das Resultat etwa das Gleiche sein. Erneut musste auf Vieles verzichtet werden und manchmal kann ich den Frust bei den Betroffenen auch gut verstehen. Auch ich habe ein Herz, das manchmal ja sagt, bevor der Kopf interveniert und dann das Herz überstimmt wird.

Zu den Massnahmen: Kritiker, misstrauische und misstrauende Leute können diese Massnahmen, vor allem das Leasing, als Schönfärberei oder gar Verschleierung bezeichnen. Bei der Reduktion des internen Zinssatzes handelt es sich tatsächlich um eine Anpassung ohne Einfluss auf die Liquidität. Aber bei den Fondsentnahmen und im Leasing schlägt sich unser Bemühen nieder, optimal mit unseren beschränkten Mitteln umzugehen. Auch mir ist klar, dass den Fonds nur solange Mittel entnommen werden können, so lange etwas drin ist. Eines Tages sind sie leer und dann müssen wir weiterschauen. Aber es hat keinen Wert, in mageren Zeiten die Reserven beizubehalten, denn gerade für diese mageren Zeiten wurden sie ja angelegt.

Zum Leasing: Es ist eine andere Art von Finanzierung unter Schonung der Liquidität und eine Verteilung auf mehrere Jahre, anstelle einer Fremdfinanzierung und den entsprechenden Abschreibungskosten. Die Zinskosten sind nicht höher als bei einem Bankkredit. Die Gemeinde Pratteln hat ein gutes Rating (C3) und wir sind bei den Banken ein guter Kunde. Die Tochtergesellschaft der UBS offeriert uns die gleichen Konditionen wie bei einem normalen Kredit. Es handelt sich hier um dringende Ersatzbeschaffungen und nicht um zusätzliche Anschaffungen. Es ist auch kein „Konsumieren auf Pump“, wie dies zu lesen gewesen ist. Die Idee ist: Nutzen statt Besitzen. In der Wirtschaft ist das heute üblich. Roche und UBS kaufen heute keine EDV-

Geräte mehr und man kann davon ausgehen, dass bei diesen Firmen wirtschaftliche und finanzielle Überlegungen bei den Entscheidungen zuoberst stehen.

Zum Nettoaufwand: Hier hat sich nicht viel verändert. Der Anteil der allgemeinen Verwaltung hat um 1 Prozent abgenommen und die Soziale Wohlfahrt um 1 Prozent zugenommen.

Zum Ertrag: Hier ergeben sich prozentuale Verschiebungen. Wegen der Entnahmen aus Sonderfinanzierungen und den privaten Beiträgen haben sich deren Anteile zulaufen der anderen Kategorien prozentual etwas erhöht.

Die Spezialfinanzierungen geben zu keinen speziellen Bemerkungen Anlass. Bei der GGA ergibt sich ein Mehrertrag von CHF 22'115.—, nach ausserordentlichen Abschreibungen von CHF 250'000.— und einer Einlage in die Vorfinanzierung von CHF 100'000.—. Bei der Wasserversorgung haben wir ein Defizit von CHF 55'175.—, welches durch das vorhandene Kapital gedeckt wird. Bei der Abwasserbeseitigung resultiert ein kleines Plus von CHF 42'870.—, nach einer Einlage von CHF 1'250'000.— in die Vorfinanzierung GEP (Genereller Entwässerungsplan). Bei der Abfallbewirtschaftung ergibt sich ein Mehraufwand von CHF 38'170.—, welcher durch das vorhandene Kapital gedeckt werden kann.

Entgegen unserem Wissenstand bei der Verabschiedung des Budgets Ende Oktober kann erfreulicherweise auf eine Erhöhung der Sackgebühren verzichtet werden. Dies wurde ihnen an der letzten Einwohnerratssitzung noch bekannt gegeben.

Steuern: Im Total ein leichter Anstieg. Der Rückgang bei den juristischen Personen ist auf die Konjunkturlage zurückzuführen. Bekanntlich betreibt die chemische Industrie ein sehr zyklisches Geschäft. Ausserdem haben wir aufgrund von Fusionen oder Zusammenlegungen einige Abgänge und leider auch Betriebsschliessungen, wie z.B. die Firma Brodtbeck, zur Kenntnis nehmen müssen. Beim neuen Finanzausgleich fallen die Grundstückgewinn- und Handänderungssteuern weg. Eine Grössenordnung von rund 1,5 Millionen.

Investitionen: Trotz knappen Mitteln ist die Verstetigung der Investitionen nicht in Frage gestellt. Weiterhin bleibt vieles auf Sparflamme, aber immerhin brennt die Flamme noch. Die Nettoinvestitionen betragen rund 8,9 Millionen; davon rund 4,5 Millionen über Vorfinanzierungen oder Fonds. Der Anteil der Spezialfinanzierungen beträgt rund 2,67 Millionen; wovon 1,3 Millionen über Vorfinanzierungen. Der grösste Brocken ist unser Beitrag an das AHP Madle mit 2,3 Millionen. Daneben kommen noch Infrastrukturbauten in und um das Gebiet Grüssen dazu, die aber bekanntlich zum grössten Teil von den Verursachern bezahlt werden. Das im letzten Investitionsprogramm aufgetauchte Polizeifahrzeug ist übrigens auch dem Rotstift zum Opfer gefallen.

Fazit: Als positiv denkender Mensch kann ich sagen: „wir haben das Ziel fast erreicht“. „Leider verfehlt“ könnte man aber auch sagen, je nach Optik. Wichtig ist, dass wir uns ernsthaft Gedanken machen, wie wir zukünftig ein strukturelles Defizit vermeiden können. Wenn man zu den CHF 280'000.— noch die Teuerungszulage dazu zählt, sind wir bei einer halben Million. Und wenn das die nächsten 5 Jahre so weitergeht, haben wir im Jahr 2008 unser Eigenkapital aufgebraucht. Der eigene Handlungsspielraum ist weitgehend erschöpft und die Rahmenbedingungen verschlechtern sich. Beunruhigend ist, dass immer neue Ausgaben auf die Gemeinden zukommen, deren Finanzierung noch keinesfalls gesichert ist: Mittagstisch, Blockzeiten, Trägerschaft der JMS und mittelfristig die Spitex, um nur einige Vorhaben zu erwähnen. Der neue Finanzausgleich dürfte punktuell Verbesserungen bringen, unsere strukturellen Probleme aber nicht lösen. Ich denke, wir müssen unsere Strukturen in naher Zukunft grundlegend überdenken. Irgendwie befinden wir uns in einem Teufelskreis: Wir sollten investieren um attraktiver zu werden, aber leider fehlt uns das Geld dazu. Steuererhöhungen sind für mich absolut kein Thema, denn eine nachhaltige Finanzpolitik kann nach meiner Auffassung nur ausgabenorientiert sein. Trotzdem sollen wir uns neuen Aufgaben nicht verschliessen, die Frage ist einfach: was bleibt liegen? Und zu guter Letzt sollten wir uns auch an folgende buddhistische Weisheit erinnern: „Das Leiden kommt vom Wünschen her“. Ich danke Ihnen für Ihr Interesse.

Eintretensdebatte

Walter Biegger: Die SVP-Fraktion hat sich sehr eingehend mit dem Voranschlag 2003 auseinandergesetzt. Dem Gemeinderat und der RPK ist es trotz Fondsentnahmen nicht ganz gelungen, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Abgesehen vom nichtberücksichtigten Teuerungsausgleich und weiteren Unsicherheiten handelt es sich um ein einigermaßen realistisches Budget. Bei den Lehrerlöhnen werden wir einmal mehr fremdbestimmt. Keine Freude bereiten uns die zunehmend hohen Kosten bei der sozialen Wohlfahrt. Diese haben eine Grösse erreicht, welche uns künftig zu mehr Zurückhaltung zwingen wird. Unsere Fraktion wird hier ein wachsames Auge darauf halten. Pratteln erbringt eine Zentrumsfunktion, welche vom Kanton ungenügend abgegolten wird. Dies muss für den Gemeinderat Anstoss sein, die dringend benötigten Mittel beim Kanton einzufordern. Bezüglich Leasing möchten wir festhalten, dass dies im Einzelfall durchaus Sinn macht. Es ist aber nicht sinnvoll, wenn in Zukunft mit dem Leasing dauernd Budgetkosmetik betrieben würde. Der geringe Spielraum im Investitionsbereich erlaubt uns keine grossen Sprünge. Das ist bedauerlich, zumal Investitionsbedarf besteht. Wir danken der Abteilung Finanzen, der RPK und dem Gemeinderat für den vorliegenden Voranschlag.

Rös Graf: Die SP-Fraktion ist mehr oder weniger zufrieden mit dem Budget und ist für Eintreten. Auch bei uns wurde das Leasing eingehend diskutiert. Leasing bedeutet eigentlich nichts anderes, als eine neue Art der Verschuldung. Damit kann auch das Budget 2003 „beschönigt“ werden. Wir wissen aber nicht, was in den nächsten Jahren auf uns zukommt. Es ist uns aufgefallen, dass die juristischen Personen weniger Ertrag bringen werden. Trotz der Ansiedlung von vielen grossen Dienstleistungsfirmen. Wenn es um die Ansiedlung dieser Firmen gegangen ist, wurde immer wieder gesagt, dass mehr Steuererträge zu erwarten sind. Das Budget zeigt aber schwarz auf weiss: dem ist nicht so. Im weiteren haben wir festgestellt, dass die Einkommens- und Vermögenssteuer um fast 10 Prozent höher ausfällt. Ist das bei der heutigen wirtschaftlichen Lage nicht zu optimistisch veranschlagt worden? Der Kanton hat in seinem Voranschlag nur um 5,5 Prozent erhöht. Für die Festsetzung der Abfallgebühren vermissen wir die Abfallrechnung. Im Paragraph 10, Absatz 2 im Reglement heisst es: Die Abfallrechnung bildet die Grundlage für die Festsetzung und die periodische Anpassung der Gebühren. Wir möchten für das nächste mal diese Abfallrechnung erhalten. Wir danken allen Personen, welche beim Voranschlag mitgearbeitet haben. Dem Gemeinderat, der RPK und insbesondere Herrn Staub mit seinen Leuten auf der Verwaltung.

Dieter Stohler: Auch wir finden das Budget nicht euphorisch. Die strukturelle Finanzlage der Gemeinde bereitet uns mittelfristig etwas Sorgen. Es gibt auch Einflüsse, welche noch nicht quantifizierbar sind. Ich denke dabei an das Bildungsgesetz. Der Gemeinderat hat das möglichste getan, auf Wünschbares verzichtet oder das Wünschbare auf später verschoben. Ein Weg, um gute bis sehr gute Steuerzahler anzulocken und die Situation zu verbessern wäre die Überbauung Blözen. Ein anderer Weg wäre, auf bewährte Leistungen der Gemeinde zu verzichten. Das will aber kaum jemand. Selbstverständlich werden dank dem Leasing nicht alle Probleme gelöst. Im privaten Bereich besteht beim Konsumgüterleasing sehr schnell die Gefahr, dass der Konsument ohne ein Budget den Überblick verliert und sich überschuldet. Für die Gemeinde müssen aber andere Schlüsse gezogen werden. Die Gemeinde erstellt ein Budget und wir sehen, welche Verpflichtungen jetzt und künftig anfallen. Das Leasing ist eine andere Kostenverteilung. Per saldo ist es wahrscheinlich ein „Nullsummenspiel“. Das Leasing ist ganz sicher nicht nachteilig, wenn der Geldbeschaffungszins gleich hoch ist, wie der Leasingzins. Wenn das der Fall ist, dann gibt es keine Negativaspekte zum Leasing. Ich vertraue der RPK, dass sie hier „ein Auge darauf hält“ und dies jedes Jahr untersucht und überprüft. Auch wir bedanken uns für

die immense Arbeit, welche geleistet wurde, insbesondere bei den Herren Staub und Hippenmeyer.

Heinz Mattmüller: Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Das Leasingmodell ist bei uns auf Verständnis gestossen. Die Entwicklung bei den Löhnen und im Sozialwesen nehmen wir mit Unbehagen zur Kenntnis. Wir sind für Eintreten.

RPK-Präsident Urs Hess: Rös Graf hat die Abfallrechnung angesprochen. Die Abfallrechnung gibt es so nicht mehr. Das ist eine Spezialfinanzierung und ist somit in der laufenden Rechnung enthalten und kann nur mit der Rechnung abgeschlossen werden.

Heinz Schiltknecht (mit Hellraumprojektor): Mir geht es darum, dem Einwohnerrat ohne jegliche Wertungen die unbestrittenen Vor- und Nachteile des Leasings aufzuzeigen. Die folgenden Aussagen sind nicht von mir, Sie können diese in Betriebswirtschafts- und Finanzbüchern nachlesen. Bei den Vorteilen des Leasings ergibt sich eine lange Liste und gemäss Max Hippenmeyer machen das grosse Firmen wie Roche und andere auch. Das ist richtig; aber warum? Das Leasing bringt diesen Firmen Steuervorteile. Die Firmen rechnen genau und kommen zu guten Konditionen. Leasing kostet, unter dem Strich, immer 20 – 30 Prozent mehr. Das sind Tatsachen und diese Aussagen stammen von einem Weiterbildungskurs und nicht von mir. Leasing in einer Gemeinde ist etwas anderes als Leasing in der Privatwirtschaft. Es gibt drei Varianten: Leasing von Privatpersonen, von der Privatwirtschaft oder von einer Gemeinde. Wir sind eine Gemeinde und haben keine Steuervorteile. Wir haben drei verschiedene Verbindlichkeiten: 1. den normalen Kredit, 2. die Vorfinanzierungen und 3. die Leasingkosten. Das einzige, das uns vorgelegt wurde ist ein Betrag, der Leasinggebühr genannt wird. Dieser Betrag ist in vielen anderen Konti und Subkonti subsummiert worden. Das ist nicht transparent. Ich kenne den Gesamtbetrag, die Laufzeit und die Konditionen nicht. Wenn unsere Gemeinde ein so gutes Rating hat, wie dies Max Hippenmeyer erwähnt hat, dann hat unsere Gemeinde auch sehr gute Konditionen auf dem Kapitalmarkt. Ich frage mich auch: wie hoch wäre das Defizit, wenn nicht geleast wird? Niemand kennt diesen Betrag und ich hätte von der RPK erwartet, dass dies offengelegt wird. Wir sagen heute ja zu einem Betrag, welcher gar nicht bekannt ist. Ich bin nicht aus Prinzip gegen das Leasing. Aber weil es offene Punkte gibt werde ich mir erlauben, folgenden Antrag zu stellen: *„Jede Anschaffung, welche über Leasing getätigt werden soll, ist als Sondervorlage dem Einwohnerrat zu unterbreiten.“* Mir geht es nicht darum, nein zu sagen, sondern darum, dass der Einwohnerrat weiss, zu was er ja sagt. Man kann doch nicht verantworten, dass wir heute ja sagen, wenn die dafür notwendigen Entscheidungsgrundlagen fehlen.

Markus Dalcher: Sowohl Leasing als auch ein Bankkredit beinhalten eine längerfristige finanzielle Verpflichtung. Beim Leasing muss man Monat für Monat amortisieren und Zins bezahlen. Beim Bankkredit kann die Amortisation hinausgeschoben werden und der Schuldenberg kann wachsen und wachsen. Bei wirklich notwendigen Anschaffungen ziehe ich die Leasingvariante vor. Herr Schiltknecht schreibt in seinem Leserbrief: „Erst sparen, dann kaufen. Dieser bewährte Grundsatz gilt für Privatpersonen wie auch für die Gemeinden“. Bei Privatpersonen bin ich einverstanden. Wenn es um den Ersatz von Betriebsmittel in der Verwaltung geht, dann bin ich nicht einverstanden. Sie können den Angestellten nicht das notwendige Werkzeug vorenthalten. Nach den Ausführungen von Herrn Schiltknecht (die Quelle ist eine deutsche Universität) ist das Leasing 20 – 30 Prozent teurer. Der Gemeinderat hat ausgesagt, dass das Leasing die gleichen Konditionen wie die Finanzierung über einen Bankkredit beinhaltet. Aus Erfahrung weiss ich, dass Deutschland grössere Differenzen zwischen Aktiv- und Passivzinsen kennt. Ich bin dafür, die Anschaffungen via Leasing zu tätigen.

Mike Wahli: Geht das geleaste Investitionsgut in das Eigentum der Gemeinde über, oder gibt es andere Varianten?

GR Max Hippenmeyer: EDV-Geräte werden bis auf einen kleinen Restwert abgeschrieben. Diese Geräte haben einen Lebenszyklus von circa 4 Jahren und es ist denkbar, dass die Raten respektive der Abschreibungsbetrag kleiner ist, die Geräte zurückgegeben und wieder ausgetauscht werden. Das ist Gegenstand der Evaluation. Zum Votum von Heinz Schiltknecht: Wir wollen uns nicht übermässig verschulden. Eine Anschaffung, anstelle des Leasings, von CHF 149'500.— würde ein Anstieg des Budgetdefizits von rund CHF 100'000.— bedeuten. Das will ich nicht. Es handelt sich hier um Ersatzbeschaffungen und wir haben zwei Varianten. Entweder nehmen wir ein grösseres Defizit in Kauf und schaffen an, was gebraucht wird. Oder wir schaffen nur die Hälfte oder einen Drittel an und den Leuten auf der Verwaltung stehen die nötigen Betriebsmittel nicht zur Verfügung. Die RPK wurde genau dokumentiert und ich gehe davon aus, dass die RPK-Mitglieder diese Informationen in den Fraktionen weitergegeben haben. Leasing soll auch nicht zur Regel werden, aber in der momentanen Situation ist dies sicher sinnvoll. Zu den Sondervorlagen: Ich bitte Sie, diesen Antrag nicht gutzuheissen. Es gibt keine Kompetenzverschiebungen, weil der Gemeinderat beim Leasing nicht mehr Spielraum hat. Die RPK hat das auch geprüft. Das Leasing wird in der Rechnung ausgewiesen, mindestens als Eventualverpflichtung. Die Bedenken sind also völlig fehl am Platz. Eine Sondervorlage bringt keine neuen Informationen und der Verwaltung nur mehr Arbeit. Die Verwaltung ist ohnehin schon überlastet und wenn es das Ziel ist, die guten Leuten zu „vergraulen“ und den Abgang dieser zu riskieren, dann können Sie diese Sondervorlagen ruhig verlangen.

Ruedi Meury: Mit den von Heinz Schiltknecht erwähnten Fakten bin ich völlig einverstanden. Wenn keine Liquiditätsprobleme bestehen, braucht es auch kein Leasing.

Dieter Stohler: Zum Antrag von Herrn Schiltknecht: Das weitere Auskünfte verlangt werden ist löblich und zeigt auch das Engagement. Ich frage mich aber, ob wir unter Berücksichtigung der beschränkten Zeit, welche uns zur Verfügung steht, so weiterkommen. Wir begeben uns hier auf eine Detailebene, welche mit der anderen Ebene im Budget nicht übereinstimmt. Im Budget hat es hunderte von Ausgabenposten und ich kann nur hoffen, dass der Gemeinderat und die Verwaltung für diese Ausgaben eine adäquate Sache erhält. Es ist nicht entscheidend, ob der Leasingzins 2.75 oder 2.76 Prozent beträgt. Viel entscheidender ist bei allen Ausgaben, inklusive PC's, der ausgehandelte Preis. Es ist unverhältnismässig, weitere Informationen auf dieser Detailebene zu verlangen und ich bin gegen den Antrag von Herrn Schiltknecht.

Walter Biegger: Die Aussagen von Heinz Schiltknecht haben eine gewisse Berechtigung. Nur, der Antrag hätte anlässlich der November-Sitzung eingereicht werden sollen. Das hätte dem Gemeinderat erlaubt zu reagieren.

RPK-Präsident Urs Hess: Ich bitte Sie, dem Antrag nicht zuzustimmen. Die RPK hat sich intensiv mit dem Leasing auseinandergesetzt. Es gibt keine Kompetenzverschiebung vom Einwohnerrat zum Gemeinderat. Das haben wir abgeklärt.

Ruedi Brassel: Es geht nicht an, dass wir im November schon eine Budgetdebatte beginnen. Die Anliegen sind legitim und der vorgenommene Kurswechsel mit dem Leasing muss abgesichert sein. Was passiert, wenn der Betrag von verschiedenen Leasingverträgen CHF 50'000.— übertrifft? Bei wiederkehrenden Ausgaben liegt die Limite für eine Sondervorlage bei CHF 50'000.—. Hier besteht grundsätzlich Erklärungsbedarf.

GR Max Hippenmeyer: Eine Sondervorlage bringt keine neuen Informationen. Dort wo es von der Gemeindeordnung vorgeschrieben ist, werden wir auch in Zukunft Sondervorlagen ausarbeiten. Zum Beispiel beim Hilfslöschfahrzeug der Feuerwehr. Aber der Kauf von PC's oder einer Lichtsignalanlage sind zwei verschiedene Sachen und können nicht zusammengezählt werden.

Heinz Schiltknecht: Es kann ja nicht die Meinung sein, dass ich von RPK-Mitgliedern dokumentiert werden muss. Das Budget ist öffentlich und ich erwarte, dass auch die Informationen öffentlich sind. Was machen die Fraktionen, welche nicht in der RPK vertreten sind ? Ich habe die Zahlen zusammengezählt und komme auf einen Anschaffungsbetrag von rund CHF 250'000.—. Ich will keine 20-seitige Sondervorlage. Aber ich verlange Transparenz.

Philipp Schoch: Wenn etwas Neues wie das Leasing eingeführt wird, dann liegt es am Gemeinderat und der RPK, die nötigen Informationen und die Kosten zu kommunizieren. Trotzdem kann ich den Antrag von Heinz Schiltknecht nicht unterstützen. Wir haben jetzt einige Informationen erhalten und es dient der Sache mehr, wenn wir dies heute Abend klären.

GR Max Hippenmeyer: Es stört mich, wie Heinz Schiltknecht mit den Zahlen umgeht und mit Voten aus dem Stehgreif nur Verunsicherung schafft. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Mit einer Sondervorlage können wir nicht mehr Informationen geben, als wir heute schon gegeben haben. Wir haben auch nichts zu verheimlichen und zur Klärung der Fragen ist ja schliesslich auch die heutige Budgetdebatte gedacht.

Nach der Pause

://: Eintreten ist unbestritten

Detailberatung in der Reihenfolge der Kontogruppen

Laufende Rechnung

020.316 (Gemeindeverwaltung)

Heinz Schiltknecht stellt folgenden Antrag: *„Die Anschaffung, welche über Leasing getätigt werden soll, ist als Sondervorlage dem Einwohnerrat zu unterbreiten.“*

Abstimmung

://: Mit 20 : 12 Stimmen und 8 Enthaltungen wird der Antrag von Heinz Schiltknecht abgelehnt.

Kurt Lanz: Ich möchte den Gemeinderat auffordern, dass er dem Einwohnerrat nächstes Jahr für die Budgetdebatte eine Zusammenstellung aller neuen und laufenden Leasingverträge mit der Betragshöhe und Laufzeit unterbreitet.

113.311 (Gemeindepolizei)

Urs Schneider: Im Investitionsprogramm 2003 – 2007 ist ein Betrag von CHF 48'000.— für die Ersatzbeschaffung eines Polizeifahrzeuges vorgesehen. Max Hippenmeyer hat damals erklärt, dass der Zeitpunkt gekommen sei, das Fahrzeug anzuschaffen. Ich bin nun sehr erstaunt, dass im Voranschlag das Fahrzeug gestrichen wurde. Das zu ersetzende Fahrzeug wurde am 26. September 2000 vorgeführt und muss aufgrund seines Alters alle zwei Jahre wieder vorgeführt werden. Ein Check hat ergeben, dass folgende Reparaturen vorgenommen werden müssen: Wechseln des hinteren Bremszylinders, Rost an der Türschwelle, Wechseln der Bremsklötze und –scheiben vorne, Bremsflüssigkeit ersetzen, Stossdämpfer- und

Bremstest durchführen, Ersetzen des Zahnriemens und so weiter. Das ergibt einen Betrag von rund CHF 2'200.—. Alle Fahrzeuge mit Horn und Blaulicht brauchen neu einen Restfahrtschreiber. Kosten von circa CHF 3'000.—. Alle diese Kosten für ein Fahrzeug, das weniger als CHF 3'000.— wert ist. Aus diesem Grund stelle ich folgenden Antrag: *„Der Betrag von CHF 48'000.— für die Ersatzbeschaffung eines Polizeifahrzeuges wird wieder ins Budget 2003 im Konto 113.311 aufgenommen.“*

GR Max Hippenmeyer: Die Ausführungen von Urs Schneider sind richtig. In der letzten Sparrunde hat das Fahrzeug jedoch die Hürde nicht mehr geschafft. Dies im Sinne, dass alle ihre Sparbemühungen beitragen.

Ruedi Meury spricht sich gegen, **Urs Baumann** und **Florian Reischenböck** sprechen sich für den Antrag aus.

Abstimmung

://: Mit 23 : 13 Stimmen und 4 Enthaltungen wird der Antrag von Urs Schneider abgelehnt.

200.302 (Kindergarten)

Roland Pfäffli: Ich stelle folgenden Antrag: *„Erhöhung des Budgetbetrages Stundenlöhne Deutsch für Fremdsprachige im Konto Nr. 200.302.01 um CHF 70'000.— auf den neuen Betrag von CHF 140'000.—.“* Als Mitglied der Kindergartenkommission kann ich sagen, dass die Situation in den Kindergärten prekär ist und ich diesen Antrag trotz der schlechten Finanzlage der Gemeinde stelle. Der gesetzliche Bildungsauftrag kann in den Kindergärten mit einem hohen Ausländeranteil praktisch nicht mehr erfüllt werden. Es gibt Kinder, welche nach 2 Jahren Kindergarten einen Wissensstand ausweisen, den sie beim Eintritt in den Kindergarten haben müssten. Es handelt sich dabei nicht nur um ausländische Kinder. 1992 hatten wir 18 Kindergärten mit total 356 Kindern. Davon betrug der Fremdsprachenanteil rund 37 Prozent. Im Jahr 2000 betrug der Fremdsprachenanteil bereits 52 Prozent, im Jahr 2001 55 Prozent und am 4. November 2002 rund 59 Prozent. Das sieht beim einzelnen Kindergarten sehr unterschiedlich aus. Im Dorfkindergarten beträgt der Anteil 5 Prozent, in der Vogelmatte bereits 84 Prozent, im Aegelmatt I 75 Prozent, im Aegelmatt II 83 Prozent und in der Längi je einmal 87 Prozent und zwei Mal sogar 100 Prozent. Integration ist wichtig und diese fängt mit dem Verstehen der Sprache an. Mein Antrag ist nicht die Lösung des Problems, aber ein Anfang, dass die Kinder mehr und besser Deutsch verstehen. Das kommt auch den deutschsprachigen Kindern zu gute. Viele Eltern sagen bereits, dass sie einfach von Pratteln wegziehen werden. Es handelt sich dabei um gute Steuerzahler und ich bitte Sie, meinen Antrag zu unterstützen.

RPK-Präsident Urs Hess: Ich habe zu diesem Thema ein Postulat eingereicht. Wir sind nicht verantwortlich, diesen Kindern die Sprache beizubringen. Das sind die Eltern, welche sich auch finanziell beteiligen sollten. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

GR Beat Stingelin (mit Hellraumprojektor): Die Zahlen sind tatsächlich erschreckend. Der Kindergartenkommission ist das Problem bewusst und sie hat dem Kanton die Situation an den Kindergärten schriftlich mitgeteilt. Die Kinder sind in Pratteln und wir müssen etwas mit ihnen unternehmen. In den Aussenquartieren ist das Problem riesengross und die Kindergärtnerinnen haben wirklich alle Hände voll zu tun. Mit der beantragten Erhöhung haben wir das Problem noch nicht gelöst. In dieser Frage muss der Kanton Hand bieten. Leider fehlt noch die Verordnung zum neuen Bil

dungsgesetz. Ich bitte Sie, sich über dieses Thema die nötigen Gedanken zu machen. Irgendwann kommt das auf uns zurück.

Erika Schaub: Wir müssen die Eltern dieser Kinder in die Verantwortung ziehen und auch dort ansetzen. Auch wenn wir die CHF 70'000.— bewilligen, ändert das gar nichts. Die Integration fängt bei den Eltern an.

Dieter Stohler: Die Präsidentin der Kindergartenkommission hat mir die Problematik schriftlich mitgeteilt. Die Aussagen von Beat Stingelin sind deutlich und ich stimme ihm auch zu. Wir müssen uns darum kümmern. Nicht mit einem Schnellschuss, weil uns in diesem Fall die Entscheidungsgrundlagen fehlen und wir dadurch nur das Budget strapazieren. Ich bin bereit an der Lösung dieses Problems mitzuarbeiten.

Philipp Schoch: Die aufgezeigte Entwicklung zeigt, dass wir nicht noch einmal ein weiteres Jahr warten dürfen. Das Problem ist akut. Es braucht beides, sowohl die Verpflichtung der Eltern, als auch eine finanzielle Unterstützung. Und zwar jetzt. Wir müssen den Lehrkräften ein Zeichen geben und ihnen klarmachen, dass wir das Problem erkannt haben.

Florian Reischenböck: Die Wirtschaft holt günstige Arbeitskräfte ins Land und darum soll auch die Wirtschaft für diese Kosten aufkommen.

Christine von Arx: Ich höre immer das Argument, dass man gute Steuerzahler nach Pratteln holen will. Zu diesen Steuerzahlern gehören durchaus Familien mit Kindern. Wir haben einen Zuwachs an fremdsprachigen Kinder und für jedes fremdsprachige Kind, das pro Jahr dazu kommt, fällt ein deutschsprachiges Kind weg. Dieser zusätzliche Betrag muss als Investition für ein attraktives Pratteln angesehen werden. Es ist leider so, dass von diesen Eltern die Verantwortung nicht wahrgenommen wird. Wir müssen aber jetzt handeln, damit wir bald eine Lösung haben und das Image in einigen Jahren steigt. Die Kinder können nichts dafür und wir müssen die Situation dieser Kinder verbessern, denn damit verbessern wir auch die Situation der Kinder, die bereits Deutsch können.

GR Max Hippenmeyer: Neue Aufgaben müssen kompensiert werden durch Abbau oder Verzicht in einem anderen Gebiet. Die Erhöhung um CHF 70'000.— ist eine reine „Pflästerlipolitik“.

Olga Aeberhard: Wir befinden uns in einem grossen Dilemma. Die Voraussetzung, damit die Kinder Deutsch lernen ist, dass die Eltern Deutsch sprechen. Wir müssen sehr schnell handeln und beispielsweise mit einer Sonderkommission das Problem angehen.

Heinz Mattmüller: Der Kanton befasst sich bereits mit diesem Problem und es macht keinen Sinn, heute mit einem „Hüftschuss“ das Problem angehen zu wollen. Ich bitte Sie abzuwarten bis wir sehen, was das Bildungsgesetz in dieser Beziehung vorsieht. Ich lehne den Antrag ab.

Ruedi Meury: Für diese CHF 70'000.— braucht es die Steuereinnahmen von rund 35 Familien, welche CHF 2'000.— Steuern zahlen.

Fredi Wiesner: Das Problem muss angegangen werden, denn es besteht nicht erst seit heute. Ich hätte erwartet, dass Mehrausgaben mit einem entsprechenden Kommentar in der Rechnung ausgewiesen würden. Mit dem heutigen Antrag fühle ich mich etwas „übrumpelt“.

Roland Pfäffli: Warum CHF 70'000.— ? Jedes Kind hat momentan 10 Minuten pro Woche Deutschunterricht. Mit diesem Betrag können wir die Dauer mindestens verdoppeln. Die Ausbildung muss gratis sein und darunter fällt auch der Deutschunter

richt. Mit der Zunahme der Fremdsprachigkeit sinkt das Niveau in den Klassen. Darunter leiden auch die deutschsprachigen Kinder. Auch das ist ein grosses Problem, denn diese Familien werden wegziehen. Wir können auch warten bis es noch mehr brennt und immer wieder sagen: „wir schauen dann“. Wir müssen sowohl das Geld bewilligen als auch handeln.

Ruedi Brassel: Ich stelle erfreut fest, dass grosse Einsicht besteht und klar ist, dass im Bereich Integration gehandelt werden muss. Es gibt aber betreffend dem Wie und der Kostenneutralität verschiedene Vorstellungen darüber. Die im Postulat erwähnte Kostenverteilung ist aber fraglich. Es ist grundsätzlich zu prüfen, was auf Seiten der Elternarbeit gemacht werden muss. Betreffend der Finanzierung ist auch von Seiten des Kantons und des Bundes ein Prozess im Gang und die Bereitschaft vorhanden, die Gemeinden zu unterstützen. Jetzt geht es darum, diese Probleme in einem Bereich anzupacken und den Schulbetrieb zu optimieren, wo dies jetzt schon möglich ist. Die Deutschstunden im Kindergarten haben eine präventive Wirkung und wir verbessern die Situation derjenigen Kinder, die jetzt im Kindergarten sind. Mit dem neuen Bildungsgesetz werden tatsächlich neue Möglichkeiten geschaffen.

ER-Präsident Stefan Löw mahnt dazu, sich kurz zu fassen.

Philipp Schoch: Wir haben rund 60 Prozent fremdsprachige und 40 Prozent deutschsprachige Kinder. Wir müssen für die 40 Prozent handeln, damit diese im Niveau nicht sinken und wir müssen handeln, dass es den 100 Prozent gut geht.

Heinz Schiltknecht: Wann ist mit einer entsprechenden Vorlage im Einwohnerrat zu rechnen ? Das von Dieter Stohler erwähnte Schreiben haben wir nicht und somit auch nicht die gleichen Informationen.

GR Beat Stingelin: Das kann ich nicht sagen, weil die Verordnung zum Bildungsgesetz noch gar nicht vorliegt. Das hängt auch vom Kanton ab und es wäre unseriös, wenn ich jetzt einen Zeitrahmen nennen würde.

Markus Dalcher: Sprachen lernt man weder in 10 noch in 20 Minuten. Ich bin bereit, pro Woche eine Deutschstunde zu erteilen. Ich rufe alle auf, dasselbe zu tun und so einen Beitrag für die Integration zu leisten.

Priska Forter: Jedes Kind hat ein Recht darauf, die Sprache zu kennen, welche in der Schule gesprochen wird. Kinder, welche die Sprache nicht beherrschen, kommen der Gemeinde sehr viel teurer zu stehen, weil sie keinen Schulabschluss schaffen. Ich bitte Sie den Antrag zu unterstützen.

Abstimmung

://: Mit 22 : 16 Stimmen und 2 Enthaltungen wird der Antrag von Roland Pfäffli abgelehnt.

300.319 (Kulturförderung)

Ruedi Meury: Seit wann wird der Betrag von CHF 3'000.— für die 900-Jahrfeier zurückgestellt ? Weiter werden CHF 25'000.— für den Festakt 900-Jahrfeier ausgewiesen. Was ist geplant und kann da auch die Bevölkerung teilnehmen ? Im weiteren hoffe ich, dass die CHF 25'000.— im Konto 300.365 für die Defizitgarantie nicht gebraucht werden müssen. Ich verstehe diesen Betrag nicht ganz, zumal die vergangenen Dorffeste positiv abgeschlossen haben.

GR Felix Knöpfel: Die CHF 3'000.— werden seit 1998 in Tranchen zurückgestellt. Dieser Betrag deckt die allgemeinen Kosten der fünf beteiligten Gemeinden Gelterkinden, Oberwil, Thürnen, Hölstein und Pratteln. Wir haben ein gemeinsames Logo, benützen das gleiche Briefpapier und haben eine gemeinsame Festschrift. Im Budget 2003 ist die letzte Tranche aufgeführt. Die CHF 25'000.— sind für den Festakt vom 31. August 2003 auf dem Schmittiplatz vorgesehen. Da wird sicher auch die Bevölkerung eingeladen. Detailfragen kann ich zum heutigen Zeitpunkt aber noch nicht beantworten. Die angesprochene Defizitgarantie wird wohl nur dann beansprucht, wenn ein „saumässiges Wetterpech“ eintreffen sollte. Das OK hat diesen Betrag für diesen Fall und für die Entschädigung der beteiligten Vereine vorgesehen. Im Einzelfall bedeutet das eine Entschädigung von CHF 500.— bis 1'000 pro Verein. Mit dieser Defizitgarantie bekunden wir, dass die Gemeinde hinter diesem Anlass steht. Wir gehen aber davon aus, dass der Betrag nicht nötig sein wird.

Ruedi Meury: Ich bedanke mich für die Auskunft, lege aber Wert darauf, dass die Bevölkerung am Festakt teilnehmen kann.

620.314 (Gemeindestrassen / Werkhof)

RPK-Präsident Urs Hess: Die RPK beantragt eine Erhöhung um CHF 35'000.—. Die Renovation des Holzsilos gehört in die laufende Rechnung.

Abstimmung

://: Mit grossem Mehr wird der RPK-Antrag angenommen.

620.316

Heinz Schiltknecht: Mir ist bekannt, dass man PC's und Auto leasen kann. Aber ich habe noch nie gehört, dass man Lichtsignalanlagen leasen kann. Das kommt mir „etwas Spanisch vor“. Ich stelle den Antrag: *„Die Anschaffung, welche über Leasing getätigt werden soll, ist als Sondervorlage dem Einwohnerrat zu unterbreiten.“*

AL Finanzen Philip Staub: Es ist heute möglich, fast alles zu leasen. Die entsprechende Antwort der Bank liegt vor.

Abstimmung

://: Mit 20 : 14 Stimmen und 6 Enthaltungen wird der Antrag von Heinz Schiltknecht abgelehnt.

710.300 und 710.318 (Abwasserbeseitigung)

RPK-Präsident Urs Hess: Die RPK beantragt, CHF 50'000.— aus finanziellen Gründen zu streichen und zu verschieben.

Petra Ramseier: Die Kosten dieses Konzeptes sollten gemäss RPK auf das Konto Naturschutz überwälzt werden. Das stimmt so nicht. Das GEP sieht etwas anderes vor. Es ist durchaus so, dass je nach Situation offene Bachläufe in der Pflege billiger sind, als Sauberwasserleitungen. Der Wasserbau muss sich mit diesem Thema auseinandersetzen, ob das Konzept kommt oder nicht. Das Ziel des Konzepts ist, mögliche und technisch machbare Ausdolungen zu identifizieren und die finanziellen Folgen abzuschätzen. Im weiteren sollen auch die Beteiligungen von Bund und Kanton

und der Kostenverteiler zwischen Naturschutz und Abwasserbeseitigung abgeklärt werden. Ich bitte Sie, den Antrag der RPK abzulehnen.

GR Felix Knöpfel: Es gehört tatsächlich in die Abwasserkasse, weil das Thema zum GEP gehört. Im weiteren ist zu erwähnen, dass es der Abwasserkasse gut geht. Bachufer zu pflegen ist tatsächlich billiger, als die Rohre jeweils mit grossem personellen und technischen Aufwand zu reinigen.

RPK-Präsident Urs Hess: Wenn das Konzept nicht bearbeitet wird, dann können wir auch die CHF 3'000.— im Konto 710.300 für die Sitzungsgelder streichen. Für die CHF 50'000.— haben wir ein Konzept, gebaut ist damit noch gar nichts.

Wolfgang Märki: Der Name Ausdolungskonzept ist unglücklich gewählt. Es geht darum, zum GEP eine Ergänzung zu schaffen und zu prüfen, ob und wo man mit einer offenen Führung der Meteorwasserleitungen Geld sparen kann und auch versucht, die Möglichkeiten zu nutzen, damit nicht überall die separaten Sauberwasserleitungen durchgezogen werden müssen. Ich bitte Sie, den Betrag nicht zu streichen.

Im Verlauf der Diskussion wurden keine neuen Argumente vorgebracht.

Abstimmung

://: Mit 21 : 13 Stimmen und 6 Enthaltungen wird der Streichungsantrag der RPK beim Konto 710.318 abgelehnt.

://: Der RPK-Antrag zum Konto 710.300 wird zurückgezogen.

720.390 (Abfallbeseitigung)

Kurt Lanz: Ich möchte vom Gemeinderat wissen, was dieser Betrag beinhaltet.

GR Felix Knöpfel: Wir haben folgende Personalkosten: Entsorgungs- und Reinigungskosten von rund CHF 96'000.— und Kosten von Herrn Muggli mit rund CHF 35'000.—, der teilweise auch hier involviert ist. Sekretariatskosten mit rund CHF 6'000.—, der Bauverwalter mit CHF 2'400.— und CHF 1'800.— für den Gemeinderat.

Kurt Lanz: Herr Muggli ist mit der Bewirtschaftung des Abfalls betraut und ich bin nicht ganz sicher, ob die Kosten gemäss Abfallreglement richtig verteilt sind. Ich bitte die RPK, sich beim nächsten Budget mit diesem Thema auseinander zu setzen.

Heinz Schiltknecht: Es gibt ein kantonales Gesetz, welches sehr genau unterscheidet zwischen Abfallbeseitigung und Abfallbewirtschaftung. Subjektiv betrachtet bin ich der Ansicht, dass gewisse Posten in die Abfallbewirtschaftung gehören. Wenn das so ist, dann hat das entscheidende Auswirkungen auf die Abfallgebühren. Denn diese Gebühren werden nur aufgrund der Kosten beim Konto 720 berechnet. Abfallkörbe leeren ist nicht Abfallbeseitigung, sondern eine Pflicht der Gemeinde.

RPK-Präsident Urs Hess: Wir haben der Verwaltung den Auftrag erteilt, die Personalkosten zu ermitteln und in der Rechnung auszuweisen. Es ist aber so, dass noch keine einzige Kostenrechnung besteht. Man hat versucht, die Kosten so zu erfassen und auch für uns ist klar, dass es eine Trennung zwischen 720 und 730 braucht.

AL Finanzen Philip Staub: Diese Bereinigung ist bereits im Jahre 2001 erfolgt.

740.300 (Friedhof und Bestattung)

Kurt Lanz: Ich stelle den Antrag, dass für die Friedhofkommission wieder die CHF 1'200.— eingesetzt werden. Das neue Friedhofreglement wurde vom Einwohnerrat noch nicht behandelt.

Abstimmung

://: Mit grossem Mehr ohne Gegenstimme wird der Antrag von Kurt Lanz angenommen.

770.318 (Naturschutz)

RPK-Präsident Urs Hess: Die RPK beantragt, CHF 20'000.— zu streichen. Es dürfen keine neuen Aufgaben durch die Gemeinde übernommen werden.

Petra Ramseier: Ich beantrage eine Kürzung von CHF 7'000.— und ich bitte Sie, die Ausführungen zum Thema auf Seite 100 zu beachten. Der Kanton trägt einen Beitrag von CHF 13'000.—.

RPK-Präsident Urs Hess: Wir dürfen nicht Äpfel mit Birnen vergleichen und ich bitte Sie, den Antrag der RPK zu genehmigen.

Petra Ramseier: Die Umsetzung der Zonenvorschriften Landschaft ist durchaus die Aufgabe einer Gemeinde.

GR Felix Knöpfel zeigt dem Einwohnerrat eine Urkunde, welche die Gemeinde Pratteln für den Natur- und Landschaftsschutz mit dem 3. Rang auszeichnet. Pratteln ist überall dort stark, wo Freiwilligenarbeit geleistet wird und überall sehr schwach, wo es etwas kostet. Zum Beispiel bei der Ablösung der Bachuferzonen. Beim Talbach ist dies geschehen. Ich bitte Sie, den Antrag der RPK abzulehnen.

Abstimmungen (noch 39 Räte anwesend)

Gegenüberstellung der Anträge RPK und Petra Ramseier:

://: Mit 16 : 13 Stimmen und 10 Enthaltungen wird der Antrag der RPK angenommen.

://: Mit 21 : 15 Stimmen wird der Streichungsantrag der RPK abgelehnt. Im Budget verbleiben CHF 50'000.—.

900 (Steuern nat. Personen)

Ruedi Brassel: Die Steuereinnahmen der natürlichen Personen wurden mit rund 5 Millionen mehr als in der Rechnung 2001 und mit rund 2,2 Millionen mehr als im Voranschlag 2002 eingesetzt. Diese Erhöhung ist fast doppelt so hoch als beim Kanton. Max Hippenmeyer hat gesagt: das Leiden kommt vom Wünschen her. Ich kann

mir vorstellen, dass bei der Rechnung das Leiden kommt, weil wir hier zu viel gewünscht haben.

GR Max Hippenmeyer: Ich hoffe, dass das nicht so ist. Im 2001 war die Fürsorgesteuer dabei und im weiteren fallen die negativen Effekte der Bemessungslücke weg. Wir haben eine entsprechende Schätzung gemacht und aufgrund eines aktuellen „Durchlaufes“ wird die vorgesehene Zunahme auch erhärtet.

Investitionsrechnung

090.503.01 (Umnutzung Wohnung, Schloss)

Heinz Schiltknecht: Es ist problematisch, wenn man eine vermietbare attraktive Wohnung in etwas „unproduktives“ umnutzen will. Ich beantrage für diese Umnutzung eine Sondervorlage auszuarbeiten.

GR Felix Knöpfel: Der ehemalige Mieter hat für diese Wohnung CHF 6'000.— Miete pro Jahr bezahlt. Wir haben nun die Idee, das Schloss als Ausstellungsobjekt zu nutzen. Sie können das in den Legislaturzielen nachlesen. Es ist vorgesehen, die Wohnung in fünf Ausstellungsräume umzuwandeln. Raum A: „Die Erbauung des Prattler Schlosses im letzten Viertel des 13. Jahrhunderts“, Raum B: „Aufbau und Ersatz der durch die Solothurner zerstörten Schlosskapelle“, Raum C: „Verkauf des Dorfes und Schlosses an die Stadt Basel“, Raum D: „Vom Verkauf des Schlosses und dem dazugehörigen Schlossgut durch den letzten Besitzers an die Bürgergemeinde Pratteln bis zur Renovation“ und Raum E: „Wechselausstellungen“. Wir haben Schätze in Pratteln, welche der Prattler Bevölkerung und allen interessierten Kreisen zugänglich gemacht werden sollen. Ich bitte Sie, dem Antrag von Heinz Schiltknecht nicht zuzustimmen, damit wir mit dem Umbau beginnen können. Dieser Umbau wird Pratteln aufwerten und das Dorf attraktiver machen.

Heinz Schiltknecht: Das war der erste Teil der Kosten. Niemand erwähnt die Folgekosten. Und die kommen bestimmt. Folgekosten in Form von Reinigungskosten, Ausstellungskosten und einer Alarmanlage. In der Sondervorlage müssen diese Folgekosten enthalten sein. Die CHF 187'000.— können problemlos aus dem Schlossfonds finanziert werden. Aber mit was finanzieren wir die Folgekosten ?

GR Felix Knöpfel: Die Betriebskosten sind im Konzept aufgeführt. Die Ausgaben belaufen sich auf rund CHF 8'250.— pro Jahr. Die Einnahmen betragen rund CHF 5'000.— pro Jahr. Das ergibt ein Defizit von CHF 3'250.— für das Jahr 2004. Sie können uns vertrauen und eine Sondervorlage ändert nicht viel und verzögert nur die Realisierung der Idee.

RPK-Präsident Urs Hess: Ich kann diesen Antrag voll und ganz unterstützen und bei so viel Geld ist eine Sondervorlage angebracht.

Ruedi Brassel, Samuel Wehrli, Maya Wittwer, Ruedi Meury sprechen sich für eine Sondervorlage aus.

Mike Wahli möchte den ganzen Betrag streichen.

Abstimmung

://: Mit grossem Mehr ohne Gegenstimme wird der Antrag von Heinz Schiltknecht für eine Sondervorlage zum Konto Nr. 090.503.01 (Umnutzung Wohnung, Schloss) angenommen.

240.503.48 (EFH / Wohnung Abwart Fröschmatt)

RPK-Präsident Urs Hess: Es handelt sich um sehr hohe Kosten und die RPK beantragt, die Kosten um CHF 50'000.— zu reduzieren.

Abstimmung

://: Mit grossem Mehr ohne Gegenstimme wird der Kürzungsantrag der RPK angenommen.

620.503.02 (Holzsilo Werkhof)

RPK-Präsident Urs Hess: Der Betrag von CHF 35'000.— entfällt, weil dieser vorher in die laufende Rechnung aufgenommen wurde. Die RPK beantragt, den Betrag zu streichen.

Abstimmung

://: Mit grossem Mehr ohne Gegenstimme wird der Antrag der RPK angenommen.

620.506.04 (Werkhof / Aussendienst)

RPK-Präsident Urs Hess: Die RPK beantragt das Konto um CHF 90'000.— zu kürzen und auf den Kauf eines Fahrzeuges zu verzichten, da bereits vom Zivilschutz zwei Fahrzeuge zur Verfügung stehen.

GR Denise Stöckli: Auch hier dürfen wir nicht Äpfel und Birnen vergleichen. Eines dieser Fahrzeuge ist ein alter VW mit Jahrgang 1980. Wir können froh sein, wenn dieses Fahrzeug nicht schon morgen ausfällt. Der zu ersetzende Toyota Landcruiser ist ein spezielles Fahrzeug, das auch im Winterdienst vielfältig eingesetzt wird. Beim Werkhof haben wir übrigens auch Einnahmen für Dienste, welche wir für Dritte, wie zum Beispiel das Gewerbe, leisten. Der Ersatz ist bereits im Mehrjahresprogramm aufgeführt und nun ist es soweit, dass dieser Toyota ersetzt werden muss. Dieses spezielle Fahrzeug kann nicht mit den beiden Zivilschutz-Fahrzeugen verglichen werden.

RPK-Präsident Urs Hess: Diese Aussagen überzeugen mich nicht. Das Geld haben wir nicht und wir können uns bei einem Bauer „einmieten“, der ein solches Fahrzeug hat.

GR Denise Stöckli: Wir haben bereits einen Vertrag. Sowohl mit einem Bauer als auch mit einem Unternehmen und wir nutzen diese Synergien bereits heute. Mit den Einnahmen bei den Dienstleistungen für Dritte ist das Fahrzeug nach 2 ½ Jahren bezahlt.

Abstimmung

://: Mit 18 : 16 Stimmen und 5 Enthaltungen wird der Kürzungsantrag der RPK angenommen.

Schlussabstimmungen

1. Genehmigung der Voranschläge 2003

//. 1.1 Der Rat beschliesst mit grossem Mehr ohne Gegenstimme:

Der Voranschlag 2003 der laufenden Rechnung wird unter Berücksichtigung der in der Detailberatung beschlossenen Änderungen (Mehraufwand von CHF 317'075.—) genehmigt.

1.2 Der Rat beschliesst mit grossem Mehr ohne Gegenstimme:

Die Investitionsrechnung, gemäss den Seiten 50 – 67 wird unter Berücksichtigung der in der Detailberatung beschlossenen Änderungen wie folgt genehmigt:

- Für Strassen, Werk- und Energieleitungen sind die Ausgaben bis CHF 1'000'000.— sowie für alle übrigen Investitionen bis CHF 300'000.— je Einzelfall ohne Sondervorlagen, mit dem Budget bewilligt. Insbesondere werden für die Investitionen 620.501.10 die gesamten Erstellungskosten bewilligt.
- Die vorgesehenen Investitionen werden sowohl aus eigenen als auch mit fremden Mitteln finanziert. Der Gemeinderat wird hiermit ermächtigt, die notwendigen Fremdmittel aufzunehmen.

2. Festsetzung der Steuersätze für das Jahr 2003

Ruedi Meury: Ich stelle den Antrag, den Steuersatz um 3.8 Prozent auf 60 Prozent zu senken. Alles wird teurer und für junge Familien und ältere Menschen ist das eine grosse Schwierigkeit, alle diese Abgaben an die Gemeinde, an den Kanton und an den Bund zu finanzieren. Stichwort Krankenkasse. Als Vergleich zahlt man in Muttenz 56 Prozent, Frenkendorf 57 Prozent, Füllinsdorf 64 Prozent, Liestal 67 Prozent, Birsfelden 62 Prozent und Augst 50 Prozent. Es wurde gesagt, dass die Rahmenbedingungen schlechter und der Handlungsspielraum enger geworden ist. Das gleiche gilt für die Familien. Die Familie kann nur noch auf eine Einkommensverbesserung hoffen. Setzen wir doch ein Zeichen und senken wir die Steuern. Vielleicht kommen dann tatsächlich einige gute Steuerzahler nach Pratteln. Ich bitte Sie, meinen Antrag zu unterstützen.

RPK-Präsident Urs Hess, GR Max Hippenmeyer, Dieter Stohler, Walter Biegger, Heinz Schiltknecht, Erika Schaub und GR Elisabeth Schiltknecht sprechen sich klar und deutlich gegen den Antrag aus.

://: Mit 37 : 1 Stimmen und 1 Enthaltung wird der Antrag von Ruedi Meury abgelehnt.

//. 2.1 Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 1 Stimme:

Die **Einkommens- und Vermögenssteuer für natürliche Personen** wird auf **63.8 % des Staatssteuerbetrages** festgesetzt (unverändert).

2.2 Der Rat beschliesst mit grossen Mehr ohne Gegenstimme:

Die **Ertragssteuer für juristische Personen** wird auf **4.95 % des steuerbaren Ertrages** festgesetzt (unverändert).

2.3 Der Rat beschliesst mit grossem Mehr ohne Gegenstimme:

Die **Kapitalsteuer juristischer Personen** wird auf **5.5 ‰** festgesetzt. (unverändert).

2.4 Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 2 Stimmen:

Feuerwehrpflichtersatz: 10.0 % des Gemeindesteuerbetrages, mindestens aber CHF 60.— (unverändert).

3. Festsetzung der Wasserbezugsgebühr

./. Der Rat beschliesst mit grossem Mehr ohne Gegenstimme:

Die **Wasserbezugsgebühr** wird auf CHF 1.40 pro m³ bezogenen Wassers sowie Grundgebühr gemäss Wasserreglement, zuzüglich Mehrwertsteuer, festgesetzt (unverändert).

4. Festsetzung der Abwasserreinigungsgebühr

./. Der Rat beschliesst mit grossem Mehr ohne Gegenstimme:

Gemeinde: CHF 0.50 pro m³

Kanton: CHF 1.25 pro m³ bezogenes Wasser und
CHF 0.50 pro m³ Sauberwasser aus Mischsystemen

Alle Gebühren gemäss Reglement über Abwasseranlagen, zuzüglich Mehrwertsteuer (unverändert).

5. Festsetzung Hauskehricht-, Sperrgut- und Containergebühren

./. Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 1 Stimme:

Die derzeit gültigen Hauskehricht-, Sperrgut- und Containergebühren werden für das Jahr 2003 beibehalten.

CHF 2.50 / 35 Liter Sack

CHF 44.— / 800 Liter Container

CHF 2.50 / 6 kg Klein- und Grobsperrgut

Die Sitzung wurde um 23.10 Uhr abgebrochen.

Pratteln, 14. Januar 2003

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident Der Sekretär

Stefan Löw Bruno Helfenberger